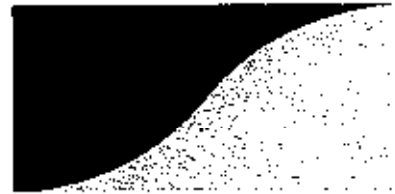


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 06 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84



Inhalt

Freimut Duve MdB
nennt Elemente eines
Friedenskonzepts für
den Nahen Osten:
Europa in der Verant-
wortung.

Seite 1

Renate Schmidt MdB
weist auf die unzumut-
bare Situation von
Kriegsdienstver-
weigerern hin: Recht
darf nicht ausgehöhlt
werden.

Seite 3

Hans Wallow MdB be-
klagt die mangelhafte
Berichterstattung der
Medien über den Golf-
Krieg: Nur War-Games?

Seite 5

Dr. Gerhard Schmid
MdEP fragt nach den
Folgen des Bombar-
dements auf irakische
Atomanlagen.

Seite 5

Jannis Sakellariou
MdEP fordert eine EG-
einheitliche Bekämp-
fung von Waffenex-
porten.

Seite 6

Dr. Eberhard Brecht
MdB unterstreicht den
Willen der Menschen in
Ostdeutschland nach
Versöhnung mit Israel.

Seite 8

46. Jahrgang / 15

22. Januar 1991

Gedanken mitten im Krieg

Wie könnte der Frieden im Nahen Osten aussehen?

Von Freimut Duve MdB (Hamburg)

Zu diesem Krieg gibt es keine eindeutige Haltung. Die widerstreitenden Argumente und Gefühle melden sich im eigenen Kopf, pochen im eigenen Herzen: Für Ägypten, Kuwait und Israel ist die Schwächung, vielleicht das endgültige Verschwinden des Gewalt Herrschers Saddam eine gute Nachricht. Jede zerstörte Raketenrampe mindert die Angriffsgefahr.

Für Europa kann der Rückfall in militärische Lösungen von Krisen schlimme Folgen haben: Werden wir eine weitere Rüstungswelle erleben, mit dem Hinweis auf künftige Golfgefahren?

Für die europäische Rüstungsindustrie war die Blockade gegen den Irak ein wichtiges Warnsignal: Nie wieder will die Welt sich gegen europäisch-sowjetische Waffen so kostspielig versammeln müssen wie jetzt: Schluß mit der perversen Aufrüstung fremder Staaten.

Jetzt, wo der Krieg tobt, ist neue Skepsis angebracht: Wird es uns gelingen, den Rüstungsexport aus den USA und Westeuropa einzudämmen, wenn neue "Freunde" (Syrien, Saudi-Arabien) neue Waffen verlangen? Und was, wenn es der Türkei gelingt, ihre erstrebte Vormachtstellung in der Nah-Ost-Region auszubauen? Als NATO-Partner wird sie zuerst neue Rüstungsgüter bestellen.

Und wie lange dauert dieser Krieg? Es nützt den vielleicht tausenden von Toten in Bagdad wenig, wenn wir ihnen nachrufen, sie sollten sich bei Saddam beklagen, oder wenn wir Bagdads Truppen vernichtet hatten.

Scham bei uns Deutschen - die Giftgas- und Chemiewaffen hätte Saddam ohne die Hilfe von deutschen Unternehmern nicht herstellen können. Millionen Flüchtlinge, zerstörte Städte. Die Bilder - die wir uns im Kopf machen, denn "reale" Bilder bekommen wir nur aus den High-Tech-Cockpits -, diese eigenen Bilder rufen immer wieder die Erinnerung an den Hitler-Krieg wach.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemfänger-Gütern
mit maximaler Rohstoff
Recycling-Faktor



Die Fragen an diesen Krieg werden in Israel, das ist nur allzu verständlich, anders gestellt: Erleichterung über die geminderte Gefahr.

Wir vergessen allzu schnell, daß Israel schon im April 1990 von Saddam bedroht worden war: Die Hälfte Israels würde er mit chemischen Waffen vernichten!

Kurz vor Ablauf des Ultimatums war ich nach Israel geflogen mit der Frage: Kann diese Krise - jetzt muß gefragt werden, kann dieser Krieg - einen fruchtbaren Vorstoß zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten auslösen?

Könnte am Ende des Sterbens mehr Sicherheit für Israel und Selbstregierung für die Palästinenser herauskommen? Könnte sowohl bei Arabern wie bei Israelis aus Angst und Haß Vernunft und Politik werden?

In Israel habe ich dafür sehr viel Bereitschaft gespürt.

Ich bin mit einigen eigenen Überlegungen zu einem solchen Friedensprozeß aus Israel zurückgekehrt, in die eingeflossen ist, was mir in den Gesprächen mit führenden Politikern gesagt wurde.

Elemente eines Friedenskonzepts im Nahen Osten

Wie können die Friedensziele aussehen? Was sind die Hoffnungskörbe, die auf einer 'Konferenz für Frieden und Zusammenarbeit im Nahen Osten' gefüllt werden müßten?

Ich sehe zwei Aufgabengruppen:

A. Gemeinsame Interessen:

1. Internationalisierung der Wassersicherheit. Wasser darf nicht als eine politische Waffe eines Staates eingesetzt werden.
2. Schaffung einer regionalen Ölbehörde. Ein Teil des Ölreichtums der Region muß den ölarmen Völkern und der Lösung gemeinsamer übernationaler Probleme zugute kommen.
3. Abrüstung in der Region. Die Überrüstung muß durch vertragliche multilaterale Verhandlungen abgebaut werden.

B. Bilaterale und multilaterale Probleme:

4. Im Zuge dieser Verhandlungen über die Punkte 1 bis 3 muß dem an der Konferenz beteiligten Israel von allen anderen Beteiligten die Existenzgarantie gegeben werden.
5. Die Palästinenser erhalten Selbstregierung in der Westbank und im Gaza-Streifen. (Zwischen Israel, Jordanien, Ägypten und Palästina wird eine Entwicklungsgemeinschaft gebildet, die sich vornehmlich der ökonomischen Hilfe für die Palästinenser widmet. Die Ölstaaten und die Europäische Gemeinschaft werden assoziierte Mitglieder dieser regionalen Wirtschaftsgemeinschaft.)
6. Der Libanon erhält seine Souveränität zurück.

Wir Europäer müssen bei Verfolgung dieser Ziele entscheidend mitwirken aus vier Gründen:

1. Europa (inklusive Moskau) hat den Irak zur Kriegsmaschine aufgerüstet. Wir waren mit Schuld am Gassterben der fünftausend Kurden, wir sind mitschuldig am Überfall auf Kuwait, an den Raketen auf Tel Aviv.

Wer Kriegsherren rüstet, ist auch für deren Kriege mitverantwortlich.

Europa wird sich anstrengen müssen, diese neue Dimension der Internationalen Politik auch in das Völkerrecht aufzunehmen.

2. Hitler-Deutschland hat den Anlaß gegeben für die Flucht der Auschwitz-Überlebenden und die Gründung des Staates Israel. Seine Sicherheit muß von uns mitgarantiert werden.

3. Europa hat jahrelang zugewartet, ohne den Palästinensern begründete Hoffnungen zu geben, daß auch Europa für die Selbstregierung der Palästinenser eintreten wird.
4. Europa ist der reiche Nachbar dieser Region. Es muß dort zum Frieden beitragen.

Alles Utopie? Natürlich.

Weder ist der Fundamentalismus in diesen Überlegungen bedacht worden noch die bisherige starre Haltung der israelischen Regierung. Weder ist das Streben nach Vorherrschaft in der Region, wie sie der Irak, Syrien und die Türkei vertreten, noch die Interessenlage der USA erwähnt. Mir geht es um benennbare Friedensziele, die nicht durch Krieg sondern nur durch Verhandlungen erreicht werden können.

Vorherrschaft erreicht man durch Krieg oder Erpressung, Frieden durch Verhandlungen und Herausarbeiten der gemeinsamen wie der unterschiedlichen Interessen.

Bei meinem Besuch in Israel hatte ich den starken Eindruck, daß Israel mehr und mehr den Gedanken an einen umfassenden Friedensprozeß mit den Palästinensern akzeptiert. "Wir können nicht gleichzeitig eine Million sowjetischer Juden im Land integrieren und eineinhalb Millionen Palästinenser unterdrücken", wurde mir gesagt. Jetzt haben die Israelis unmittelbare Raketenbedrohung erlebt und zugleich erfahren, daß andere bereit sind, sie zu schützen. Und die Region hat zum ersten Mal erlebt, daß es möglich war, in Israel die militärische Zurückhaltung (trotz der Raketenangriffe) durchzusetzen und durchzuhalten. Diese neugewonnene Sicherheit muß genutzt werden für einen ähnlichen Friedens- und Sicherheitsgewinn der Palästinenser. Sie dürfen nicht die Verlierer dieses Krieges bleiben. Saddam hat ihnen nur für einen kurzen Moment Hoffnung gebracht. Wir Europäer könnten dazu beitragen, daß sie Hoffnung in einer größeren nicht-kriegerischen Friedenslösung sehen.

(-/22.1.1991/hgs/ks)

Dieser Beitrag erscheint in der nächsten Ausgabe der "Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung" (leicht veränderte Fassung).

Zuspitzung im Spannungsfall

Ungeklärte Situationen für Kriegsdienstverweigerer

**Von Renate Schmidt MdB (Nürnberg)
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**

Der Krieg am Golf hat viele junge Männer erkennen lassen, daß sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, Dienst mit der Waffe zu leisten - auch solche, die das bisher für möglich gehalten haben: Wehrpflichtige bei der Bundeswehr und Reservisten.

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat sich im Dezember verdoppelt, diese Tendenz hält im Januar an und verstärkt sich sogar noch.

Die Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung, die über diese Anträge entschieden, sind allein schon von der Anzahl her völlig überfordert. Vergingen bei einer geringeren Anzahl von Verweigerern noch drei bis vier Monate zwischen Antragstellung und Entscheidung über den Antrag, so wird jetzt mit einem Zeitraum von bis zu einem Jahr gerechnet.

Die Ursache für diese unerträglich lange Verfahrensdauer liegt unter anderem darin, daß die Bestimmungen des Einigungsvertrages, die eine Umkehr des sogenannten Regel-/Ausnahmeverhältnisses zwischen der Entscheidung der Ausschüsse nach Aktenlage und mündlichem Verfahren vorsieht, immer noch nicht umgesetzt wurden. Trotz Anweisung durch die Bundesregierung verfahren die Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung immer noch nach dem alten Schema, so daß fast 90 Prozent der Anträge in einem mündlichen Verfahren behandelt werden.

Die Situation für Kriegsdienstverweigerer aus dem Bereich der Reservisten und Wehrdienstleistenden spitzt sich im "Spannungsfall" dramatisch zu, nachdem das Kriegsdienstverweigerungsrecht - in verfassungsrechtlich umstrittener Weise - vorsieht, daß die Antragstellung keine aufschiebende Wirkung hat.

Dies hätte für Reservisten und Wehrdienstleistende, die Verbänden in Nagold und Niederstetten angehören und Kriegsdienst verweigern wollen, bis gestern bedeutet, daß sie an NATO-Manövern in der Türkei teilnehmen sollten. Diese sind am Montag abgesagt worden. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen.

Ungeklärt ist die Situation nach wie vor für kriegsdienstverweigende Soldaten auf einem Zerstörer, der morgen ins Mittelmeer zu einer Übung ausläuft, nicht mehr wie ursprünglich vorgesehen ins östliche, sondern ins westliche!

Im Interesse der betroffenen jungen Männer muß gehandelt werden. Dies kann nur bedeuten:

1. Grundwehrdienstleistende und Berufssoldaten sind umgehend aus dem Dienst zu entlassen, wenn sie einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben. Verfahren, die sich unter Umständen über ein Jahr hinziehen und währenddessen die Antragsteller "waffenlosen" Dienst bei der Truppe machen, sind nicht tragbar.
2. Die Bundesregierung muß darauf drängen, daß die Bestimmung des Einigungsvertrages (Umkehr des Regel-/Ausnahmeverhältnisses) endlich umgesetzt wird. Dies würde zu einer wirkungsvollen Entlastung der Ausschüsse führen, die die Zeit zwischen Antragstellung und Abschluß des KDV-Verfahrens auf eine angemessene Zeit beschränken würde.
3. Sollte dies nicht zur gewünschten Reduzierung der Bearbeitungszeiten führen, sind die Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung im notwendigen Maße personell zu erweitern.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht durch die noch existenten bürokratischen Hemmnisse ausgehöhlt werden.

Der Deutsche Bundestag muß die unterschiedlichen Rechtslagen zu den fünf neuen und den elf alten Bundesländern angleichen. Dies sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung schneller geschehen als bisher. Ich halte ein Aufrechterhalten der Gewissensprüfung für kriegsdienstverweigende Soldaten nicht für richtig und plädiere für die Übernahme des Kriegsdienstverweigerungsrecht, wie es die Volkskammer nach dem 18. März beschlossen hat.

(-/22.1.1991/hgs/ks)

Der Tele-Krieg
War-Games und die Wirklichkeit am Golf

Von Hans Wallow MdB (Remagen)

Sicher bin ich nicht der erste und einzige, den die Berichterstattung über den Golfkrieg bestürzt.

Ganz offensichtlich ist es dem US-Generalstab gelungen, mit seiner psychologischen Kriegsführung das Bild von diesem militärischen Konflikt vollständig und weltweit zu beherrschen. Die Vorgabe ist offensichtlich für die Fernsehberichterstattung, eine präzise, saubere High-tech-Aktion zu inszenieren. Da sah man am 17.1.1991 gleich drei für die Fernsehanstalten produzierte Beispiele:

- Ein Jagdbomber trifft mit zwei lazergesteuerten Raketen die Tore eines Hangers.
- Ein anderes Kampfflugzeug der US-Luftwaffe trifft punktgenau das Oberkommando der Luftwaffe in Bagdad: "Die Bombe explodierte genau im Luftschacht", kommentierte US-General Schwarzkopf.
- Eine weitere Demonstration der futuristischen Kriegsführung war die Zerstörung der Landebahnen eines Militärflugplatzes.

Das war der futuristische Krieg mit den "intelligenten" Raketen und Bomben. "War-Games" wie unsere Kinder es von den elektronisch gesteuerten Spielautomaten her kennen. Die Zerstörung ist auf militärische Ziele reduziert. Die Opfer unter der Zivilbevölkerung bleiben unerwähnt.

Ist das die Wirklichkeit? Gibt es nicht hunderte oder gar tausende an Toten unter der Zivilbevölkerung? Ich erkenne die Schwierigkeiten einer Redaktion, zumal wenn es sich nicht nur um Zensur, sondern auch um zielorientierte Desinformationspolitik der Militärs handelt. Aber es ist möglich, die Resultate der Bombardierungen im Sinne einer realitätsbezogenen Berichterstattung nachzuprüfen. Ein Beispiel: Am 18.1.1991 informierten ZDF und ARD über B 52-Bombenabwürfe aus großer Höhe über Bagdad. Jede dieser Maschinen trägt 50 Bomben von je einer Tonne Gewicht. Mit ihnen sind nur die sogenannten "Feldwürfe" möglich. Das sagt natürlich keiner der Militärs. Aber es gibt bei uns im Bereich der Friedensforschung genügend Experten, die in der Lage sind, alle jene dramatischen Resultate für jeden Zuschauer erfahrbar zu machen.

Ich bitte die Intendanten unserer Fernsehanstalten herzlich und dringlich, die auch bis in die Sprache hinein manipulierten und zensierten Nachrichten der Militärpropaganda nur mit sachkundig-kritischer Ergänzung über den Sender gehen zu lassen.

(-/22. Januar 1991/rs/ft)

Europa hat Fragen an die USA
Welche Folgen hat das Bombardement irakischer Atomanlagen?

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP (Regensburg)

Die EG-Kommission muß unverzüglich von den USA Informationen darüber verlangen, welche Art von Nuklearanlagen wann im Irak mit Luftangriffen zerstört wurden. Die Europäische Gemeinschaft muß rechtzeitig wissen, ob sie mit ähnlichen Folgen wie bei der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl rechnen muß. Der Irak verfügt zwar über keine Kernkraftwerke mit großen Leistungsreaktoren und einem dementsprechend umfangreichen radioaktiven Inventar. Aber er hat zwei Forschungsreaktoren in Betrieb, von denen einer immerhin eine Leistung von

fünf Megawatt aufweist. Ein Angriff auf diese Reaktoren könnte durchaus unter ungünstigen Umständen zur Kernschmelze und damit zum Supergau führen. Zwar handelt es sich bei den irakischen Anlagen um Schwimmbadreaktoren, bei denen die Wahrscheinlichkeit eines Kühlmittelverlustes gering ist. Bei einem Bombardement kann dies aber nicht völlig ausgeschlossen werden.

Die Forschungsreaktoren befinden sich im Kernforschungszentrum Tuwaitha in der Nähe von Bagdad. Unklar ist dagegen, welche Anlagen im Norden des Landes in den Bergen nahe der türkischen Grenze gebaut wurden. Bekannt ist die Existenz einer Uranmine. Darüberhinaus haben die Nachrichtendienste ein Gebäude ausgemacht, das vermutlich nuklearen Zwecken dient. Sollten diese Anlagen im Norden ebenfalls zerstört worden sein, kann sich darunter eine Wiederaufarbeitungsanlage im Kleinmaßstab befinden. In einigen Labors innerhalb des Tuwaithakomplexes, die mit italienischer Hilfe mit heißen Zellen ausgerüstet wurden, wurde die Trenntechnik gelernt und geprobt. Der Irak verfügt also über diese Technologie. Ein Angriff auf eine Aufarbeitungsanlage selbst kleinen Maßstabs könnte ökologisch verheerende Folgen haben.

Der Angriff auf die Nuklearanlagen des Irak ist aktuell militärisch völlig nutzlos. Er gefährdet unter Umständen aber massiv die Zivilbevölkerung im Irak und in der ganzen Region. Der Angriff kann also nur die Absicht verfolgt haben, den Bau einer Atombombe durch den Irak zu verhindern. Auch für diesen Zweck ist ein Angriff auf die Forschungsreaktoren nutzlos. Diese Reaktoren stehen unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergie Agentur in Wien. Abzweigungen von Kernwaffenmaterial sind bisher nicht festgestellt worden. Selbst die 12,5 kg hochangereicherten Urans, die für den 1981 vor der Inbetriebnahme von Israel zerstörten Tamuz-1-Reaktor geliefert wurden, sind bei der letzten Inspektion der IAEA im April unverändert aufgefunden worden. Dagegen gibt es Hinweise, daß eine eigene Anreicherungstechnik aufgebaut werden sollte. Dafür braucht man aber Gasultrazentrifugen und keine Forschungsreaktoren.

(/22 Januar 1991/rs/fr)

Waffenexporte EG-einheitlich bekämpfen

Von Jannis Sakellariou MdEP (München)

Außenpolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die Kontroll- und Genehmigungskompetenz für den Export von Rüstungs- und rüstungsrelevanten Gütern müssen auf die Europäische Gemeinschaft übertragen werden. Gleichzeitig soll die EG die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion aus ihrem Strukturfonds massiv fördern. Nur dadurch läßt sich der betriebswirtschaftliche Druck auf die Unternehmen, Rüstungsgüter zu exportieren, mindern.

Die Regelungen des EWG-Vertrages sind im Hinblick auf den Export von Rüstungs- und rüstungsrelevanten Gütern derzeit nicht einheitlich. Während in Artikel 223 des EWG-Vertrages jedem Mitgliedsstaat freigestellt wird, die für die "Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlichen Maßnahmen" zu treffen - hierunter fällt ausdrücklich auch der Handel von Waffen, Munition und Kriegsmaterial mit Ländern außerhalb der EG - ermöglicht die Einheitliche Europäische Akte eine europaweit geltende EG-Regelung des Waffenexports in Drittländern, sobald Waffenexporte die europäische Sicherheit gefährden.

Die EG hat auf der Basis ihrer derzeitigen vertraglichen Grundlagen keine geeigneten Instrumente zur Hand, um ihre Mitglieder zu einem restriktiveren Umgang mit Waffenexporten zu veranlassen. Solche sind aber dringend notwendig, da man bisher auf nationaler Ebene kaum durchgegriffen hat. Für erfahrene Waffenhändler ist es eine ausgemachte Sache, daß etwa 95 Prozent der (illegalen) Waffenexporte mit Kenntnis der zuständigen Behörden über die Bühne gehen.

Als Konsequenz ist die ausdrückliche Verankerung von EG-Kompetenzen zur Kontrolle und Genehmigung des Exports von Rüstungs- und rüstungsrelevanten Gütern im EWG-Vertrag zu fordern. Dieser muß dann eine verbindliche Verordnung folgen, die den Export von Waffen sehr restriktiv regelt. Damit würde es in allen EG-Ländern erschwert, unter Umgehung der strengeren Bestimmungen des einen Landes Waffen über ein anderes EG-Mitgliedsland in Drittländer zu exportieren.

Im übrigen ergibt sich allein schon aus der Fortentwicklung der EG zur Politischen Union, daß die sicherheitspolitisch hochempfindlichen Waffenexporte in Drittländern in die Kompetenz der EG gehört. Die Vorgeschichte des Golfkriegs und die Praxis einzelner Unternehmen, trotz UN-Embargos den Irak weiterhin zu beliefern, bieten hierfür nur das aktuellste und folgenreichste Beispiel.

(-/22. Januar 1991/rs/fr)

Bestürzung in den fünf neuen Bundesländern

Raketenangriffe auf Israel und Schuldbewältigung in Ostdeutschland

Von Dr. Eberhard Brecht MdB (Quedlinburg)

Mit Bestürzung und Empörung nahmen die Menschen in der ehemaligen DDR die Nachricht von den völkerrechtswidrigen Scud-Raketen-Angriffen der irakischen Streitkräfte auf das nicht am Golfkrieg beteiligte Israel zur Kenntnis. Viele Menschen in den fünf neuen Bundesländern reagieren durch ein jahrzehntelanges Verdrängen der deutschen Schuld gegenüber dem jüdischen Volk, durch eine antisraelische Außenpolitik des SED-Staates und angesichts eines staatlicherseits geduldeten Antisemitismus im stalinistischen Machtbereich besonders sensibel auf Bedrohungen Israels. Die Entschuldigung des ersten frei gewählten Parlaments der DDR gegenüber dem jüdischen Volk für die Verbrechen des NS-Regimes und für eine gegen den Staat Israel gerichtete Außenpolitik der DDR-Regierung sowie das Bedauern über die Zustimmung des SED-Staates zur Antizionismus-Resolution der UNO unterstreichen den Ernst der Menschen im Osten Deutschlands, den Weg der Schuldbewältigung und der Versöhnung mit Israel gehen zu wollen. Unser Mitgefühl und unsere Sympathie gehört den Menschen, die den blüdwütigen Angriffen des irakischen Diktators ausgesetzt sind.

Besondere Anerkennung und Dank verdient die besonnene Reaktion der israelischen Regierung. Durch den Verzicht auf eine prompte Vergeltung des irakischen Angriffs trägt Israel dazu bei, eine weitere Eskalation am Golf zu verhindern.

(-/22.1.1991/hgs/ks)
